

129 ~~W^o 92~~

129.

WIENER RATIONALISIERUNGS-
HERAUSGEBER UND REDAKTEUR FRANZ WIEHNER
24. Jahrg. Wien, Montag, 16. März 1914.

Zur Förderung des Baugewerbes. Die Oesterreichische Aktiengesellschaft für Bauuntersuchungen teilt in einer Zuschrift an Bürgermeister Dr. W. Schreiner mit, daß sie schon seit längerer Zeit seitens der Sparkasse mit der Durchführung der von dieser Bank gewährten Baubankkredite betraut ist und daß dieselbe, um die eingeleitete Aktion zur Wiederbelebung der Bauwirtschaft in Wien zu fördern, den für die Zwecke der Bankkreditgewährung zur Verfügung zu stellenden Betrag vorerst auf drei Millionen Kronen erhöht hat.

Der Rechenschaftsbericht der Zentralsparkasse. Dem Gemeinderate wird in der nächsten Sitzung der Rechenschaftsbericht und die Bilanz pro 1913 der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien vorgelegt werden. Dem Berichte über das 7. Verwaltungsjahr ist zu entnehmen: Die durch den Balkankrieg und die langdauernde Kriegsberedetheit der Monarchie hervorgerufene Depression unseres Wirtschaftslebens äußerte ihre Folgen in nachhaltiger Weise auch auf die Anstalt. Der an den Grenzen des Reiches tobende Krieg und die dadurch geschaffenen politischen Schwierigkeiten wirkten lähmend auf Handel und Verkehr, beeinträchtigten die Zahlkraft der Bevölkerung und erweckten in weiten Kreisen die ernsteste Besorgnis um die Sicherheit ihrer Ersparnisse. Die Geldverknappung, die niedrigen Kurse der Anlagewerte und die gedrückten Verhältnisse des Bauparkettes boten dem Sparkapital günstige Anlagemöglichkeiten und verursachten eine Abkehr zahlreicher großer Einlagen von den Sparkassen. Dazu trat noch die von vielen Bankinstituten fast während des ganzen Jahres forcierte Bemühung, durch hohe Verzinsung Barsparlagen und Kontoguthaben heranzuziehen. Nichtsdestoweniger war es der Zentralsparkasse möglich, den unheilvollen Verhältnissen am Hypothekemarkte in ihrem Wirkungskreise abzuhelfen. Sie war dazu auch deswegen in der Lage, weil sie sich bestrebt, den Anforderungen des modernen Geschäftsverkehrs durch Einführung verschiedener Neuerungen Rechnung zu tragen. So wurden im Oktober v. J. die im Statute vorgesehenen Einlageblätter in Verkehr gebracht, die wegen ihrer handlichen Form insbesondere von Behörden, denen die Verwaltung einer größeren Anzahl von Sparguthaben obliegt, mit Vorliebe in Verwendung genommen werden. Die Entwicklung der Anstalt im abgelaufenen Jahre erhielt am besten aus der Betrachtung ihres Geschäftsumfanges. So hat sich beispielsweise die Anzahl der Einlagenkonten von 22.745 auf 138.878 und der Stand der Einlagen von K 157.056.430 auf K 167.718.216 erhöht. Das Gesamtvermögen ist von K 443.045.332 auf K 453.790.992 K gestiegen. Angesichts der erwähnten Tatsachen mußte die Anstalt die Liquidität ihrer Mittel und ihre erhöhte Zahlungsbereitschaft unverrückbar im Auge behalte-

und die Fortsetzung ihrer illiquiden Anlagen möglichst vermeiden. Diese Richtlinien übertrug zu einer intensiveren Pflege des Wechselkontos und zur Vergrößerung der kurzfristigen Forderungen durch Aufnahme von Parzialhypothekendarlehen und von Kasseausgaben der Gemeinde Wien, bei deren Emission die Anstalt überdies als Syndikatsmitglied und Subskriptionsstelle fungierte. Der Mangel an verhältnismäßig billigen Leihgelden auf dem Hypothekemarkte machte sich bei dem Tiefstande der Pfandbriefkurse besonders fühlbar, und verursachte eine noch heute andauernde Lähmung der Bautätigkeit. Trotz der außerordentlichen Verhältnisse des Berichtsjahres, welche den Hypothekendarlehensschuldern oft hohe Zinsen und Abzüge von mehr als 10 % der Darlehensvaluta auferlegte, war die Anstalt in der Lage, unter Anrechnung städtischer Regisbeiträge zu 4 % Zinsen Hypothekendarlehen im Gesamtbetrage von K 6.381.693 zu gewähren, wobei wieder insbesondere Kleinwohnungsbauten berücksichtigt wurden. Während zahlreiche Institute den Einfluß ihrer Hypothekarforderungen erhöhten, hielt die Anstalt in der Erkenntnis der aus einer solchen Belastung des Realbesitzes entspringenden Folgen an dem ursprünglichen Zinsfuß der auf Häuser gewährten Darlehen unantastbar fest. Für Bauten von gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften wurden bisher ungenutzt zirka 2 1/2 Millionen Kronen an Hypothekendarlehen bewilligt. Die oben geschilderte Geschäftstätigkeit der Anstalt ergab mit Rücksicht auf die durch die tiefen Kurse der Anlagewerte an den eigenen Effekten eingetretenen beträchtlichen Wertveränderungen per K 1.075.570 einen Sparungsüberschuß in allen Fonds von K 978.227. Der beträchtlichen, bei einem Restes von zirka 42 Millionen Kronen Anlagewerten unvermeidlichen Kurseinbuße steht der oben erwähnte Sparungsüberschuß und eine im Sinne des Erlausses des Ministeriums Innern vom 15. Jänner 1913 in die Bilanz eingestellte Forderung der Gemeinde Wien per K 97.335 gegenüber. Die Gesamtforderung an die Gemeinde Wien beträgt somit mit Berücksichtigung der Ziffern des Vorjahres K 417.191. Dem Kreditverein der Zentralsparkasse wurden per Saldo nahezu 600.000 K zur Verfügung gestellt.

EB. Der Bericht der Zentralsparkasse liegt der heutigen Ausgabe bei.

Gemeinderat Dr. Hein hat heute im Präsidialbureau folgende Interpellation überreicht: Seit dem 27. Februar d. J. hat keine Sitzung des Gemeinderates stattgefunden. Auf diese Weise ist die Tätigkeit des Gemeinderates mitten in der Verhandlungsaison grundlos für die Dauer von vier Wochen unterbrochen. Es läßt sich gewiß nicht leugnen, daß jede öffentliche Gemeinderats-Sitzung geeignet ist, das überwachungsähnliche Selbstbild, welches der Herr Bürgermeister

und die christlich-sozialen Gemeinderäte in den Wählerkreisen durch ihre eigene Tätigkeit erheben, auf ein sehr bescheidenes Maß zurückzuführen. So könnte auch in der bevorstehenden Sitzung das Referat über den Fahrplan der städtischen Straßenbahnen zu einer Kritik der in Wien herrschenden Verkehrsverhältnisse, das Referat über den Anschlag mit den Genossenschaftlern zu einer Besprechung der ekanatischen Vorfälle bei der Erwerbung und der Schlichtung der Streitigkeiten bei der Ausgestaltung des städtischen Brauhaus-Anlaß geben, während bei dem Referate über den städtischen Wohnungsbau auf die bisherigen schweren Unterlassungen der christlich-sozialen Gemeindeverwaltung auf diesen Gebiete hingewiesen werden würde. Es aber die Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen für den Bürgermeister nicht maßgebend sein sollte, um die Tätigkeit des Gemeinderates zu unterbrechen, so stelle ich die Anfrage: 1. Wie vermag der Herr Bürgermeister es zu rechtfertigen, daß trotz des reichlich vorliegenden Verhandlungsgestoffes der Gemeinderat durch vier Wochen nicht einberufen wurde? 2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, sich in Zukunft bei der ihm liegenden Einberufung des Gemeinderates pflichtgemäß nicht von parteipolitischen sondern lediglich von sachlichen Erwägungen leiten zu lassen?

129 No 93

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ
Wien, Montag, 16. März abends.

=====

Die Gemeinderatswahlen.

Heute begannen die diesjährigen Wahlen für den Gemeinderat mit den Ersatzwahlen aus dem 4. Wahlkörper im 3., 16. und 21. Bezirk. Die Christlichsozialen behaupteten das Mandat im 3. Bezirk, die Sozialdemokraten jenes im 16. und 21. Bezirk. Nachstehend das Ergebnis:

Landstraße. Wählerzahl 30.636, abgegebene Stimmzettel 21.988 hievon leer 863, ungültig 88, also gültig 21.037. Gewählt wurde der Christlichsoziale Hermann Floner mit 11.006 Stimmen; der Sozialdemokrat Rudolf Müller blieb mit 7.972 Stimmen in der Minorität. Der Deutschnationaler Ed. v. Stransky erhielt 899, der tschechisch - autonomistische Sozialdemokrat Tvrz 532, der tschechisch - bürgerliche Kuderna 410 $\frac{1}{2}$ Stimmen; 211 Stimmen waren zersplittert.

Ottakring. Wählerzahl 35.634, abgegebene Stimmzettel 27.549. hievon leer 1167, ungültig 50, also gültig 26.332. Gewählt wurde der Sozialdemokrat Anton David mit 15863 Stimmen; der Christlichsoziale Franz Hätzel blieb mit 8567 Stimmen in der Minorität. Der tschechisch - autonomistische Sozialdemokrat Tomasek erhielt 1497, der Tscheche Exner 158 Stimmen, 247 Stimmen waren zersplittert.

Floridsdorf. Wählerzahl 16.630, abgegebene Stimmzettel 14.334, hievon leer 474, ungültig 33, also gültig 13.827. Gewählt wurde der Sozialdemokrat Franz Bretschneider mit 8.199 Stimmen; der Christlichsoziale Gregor Wallner blieb mit 5.035 Stimmen in der Minorität. Der tschechisch - autonomistische Sozialdemokrat Starecki erhielt 510 $\frac{1}{2}$ Stimmen, 82 Stimmen waren zersplittert.
